

SYSTEMRELEVANT 125

Energie, Geldpolitik, Inflation: Sebastian Dullien (IMK) beschreibt die wirtschaftspolitischen Herausforderungen des Jahres 2023 aus Sicht des IMK und wie es mit der Konjunktur weitergehen könnte.

Marco Herack:

Heute ist Dienstag, der 20. Dezember 2022. Willkommen zur 125. Ausgabe von Systemrelevant. Sebastian Dullien, ich grüße dich.

Sebastian Dullien:

Hallo Marco.

Marco Herack:

Du bist der Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, bekannt als IMK bei der Hans-Böckler-Stiftung. Und Weihnachten näher sich, Sebastian. Ich hoffe, du hast deine Weihnachtsgeschenke schon gekauft und musst jetzt nicht noch in die Stadt wetzen.

Sebastian Dullien:

Doch, ich habe zum Glück schon eigentlich alle Weihnachtsgeschenke. Allerdings muss noch das Essen gekauft werden. Und das war alles so hektisch, dass ich jetzt am Samstag im Supermarkt noch mal nachfragen musste, ob ich eigentlich die Gans für den 23. oder 24. bestellt habe. So.

Marco Herack:

Ja, gut. Hauptsache bestellt.

Sebastian Dullien:

Hauptsache bestellt und angezahlt. Jetzt darf man nur nicht vergessen, sie auch abzuholen. Sonst hilft das auch nichts.

Marco Herack:

Ja, aber wir nähern uns dem Finale des Jahres. Diese Folge erreicht euch allerdings, auch, wenn wir jetzt vor Weihnachten sind, erst im neuen Jahr. Wir haben sie aber besseren Wissens schon vorab aufgenommen. Denn es geht auch um die wirtschaftlichen Herausforderungen, die das IMK erst Anfang 2023 veröffentlicht. Bevor wir aber dahin kommen, haben wir noch ein paar allgemeine Hinweise für euch. Und diese allgemeinen Hinweise, ich habe mich diesmal vorbereitet, ich habe alle Mastodon-Kürzel mir aufgeschrieben. Also vorweg, wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, um Ideen, Fragen oder Unmut kundzutun, dann könnt ihr uns auf Twitter antickern [@boeckler_de](https://twitter.com/boeckler_de) oder auf Mastodon als [@boeckler_de@mastodon.world](https://mastodon.world/@boeckler_de). Ich mein, das muss man sich auch erst mal merken. Falls ihr uns eine E-Mail schreiben wollt, dann gerne an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen und Anregungen, sendet sie uns bitte zu. Und wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonnieren wollt, freuen wir uns natürlich auch sehr. Sebastian ist dort auch, also auf Twitter und auf Mastodon. Auf Twitter als

@sdullien und auf Mastodon als @sdullien@mastodon.world. Mein Name ist Marco Herack.

Und wir beschäftigten uns heute einerseits mit der Wachstumsprognose des IMK für das nächste Jahr und einmal mit den wirtschaftlichen Herausforderungen, die uns dräuen. Vielleicht fangen wir mit der Prognose an, Sebastian. Das wird ein hartes Jahr, höre ich aller Orten. Allerdings habe ich dann bei der Bundesbank gesehen, dass die eine Prognose haben, die jetzt nicht ganz so schrecklich auf mich wirkt. Wie sieht es denn beim IMK aus? Haben wir da ein Wachstum oder ist es ganz schlimm?

Sebastian Dullien:

Na, wir haben kein Wachstum, aber die Prognose sieht auch nicht mehr ganz so schrecklich aus. Man muss dazu sagen, wir haben ja im September einen Rückgang um 1 Prozent beim Bruttoinlandsprodukt vorhergesagt, was vor allem konsumgetrieben war. Und jetzt sind wir runtergegangen auf nur noch minus 0,3 Prozent für 2023. Also es ist keine tiefe Rezession mehr und auch am Arbeitsmarkt bleiben die Folgen eigentlich begrenzt. Und von daher, das ist so, als wir die Prognose geschrieben haben, als ich auch überlegt hab, wie ich jetzt das auf Twitter anteasere, es ist tatsächlich das erste Mal dieses Jahr, wo sich die Rahmenbedingungen verbessert haben. Und es besser aussieht als vorher. Da sprechen wir gleich drüber. Es ist nicht nur beim Bruttoinlandsprodukt so, sondern auch bei der Inflation so. Also das ist wirklich, das ist schön. Es ist gut. Also es ist alles keine tolle Welt. Und wir haben große Herausforderungen, aber es ist wirklich mal ... es ist besser. Und ja, die Richtung stimmt.

Marco Herack:

Okay. Jetzt hilf mir mal ganz kurz, das Minus 0,3 Prozent einzuschätzen. Also dass wir nicht wachsen, ist ja erst mal per se nicht erfreulich. Das heißt, es entstehen wahrscheinlich keine neuen Arbeitsplätze. Aber wie kann man sich denn so eine minus 0,3 Prozent im BIP vorstellen? Ist das einfach nur Stagnation? Oder ist das schon etwas, was der ein oder andere auf wirtschaftlicher Natur spüren wird?

Sebastian Dullien:

Ja, sagen wir so, es ist für das Jahr eine Stagnation. Aber da es unterjährig ein bisschen anders aussieht, also was wir im Szenario drin haben, ist, dass jetzt über den Winter es doch einen spürbaren Einbruch beim privaten Konsum gibt, weil die Privathaushalte sehr stark belastet sind durch Energiepreise, durch Nahrungsmittelpreise und so was, man merkt man das schon an der Stelle. Und es gibt dann so eine Verschiebung. Es wird ein bisschen mehr investiert, weniger konsumiert. Beim Bau merkt man es relativ deutlich, da wird weniger gebaut. Also es ist schon etwas, was man merkt. Aber es ist nicht ... also eigentlich so richtig doll tut eine Rezession ja in dem Moment weh, wenn ganz viele Leute ihre Arbeitsplätze verlieren. Und danach sieht es zum Glück derzeit nicht aus.

Marco Herack:

Okay, dann kommen wir mal zu den Gründen. Also wir haben ja eigentlich hohe Gaspreise, die hauen die Verbraucher*innen weg. Und da ist dann auch die Inflation entsprechend hoch. Und deswegen habt ihr doch ursprünglich mal befürchtet, dass der Einbruch stärker sein wird im nächsten Jahr.

Sebastian Dullien:

Genau. Also der Gaspreis ist halt der wichtige Faktor, warum wir im September so sehr pessimistisch geworden sind. Und der ist jetzt auch der Faktor, warum wir das jetzt besser sehen oder günstiger einschätzen. Und da gibt's zwei Dimensionen. Die erste Dimension ist, dass der Gaspreis an sich stabilisiert hat. Also September war gerade so die Zeit, nachdem Russland die Lieferungen über die Pipelines Nord Stream eingestellt hatte. Dann gab es noch die Explosionen da. Man erinnert sich. Da war klar, da kommt eigentlich nichts mehr an in Deutschland. Und dann sind die Preise in die Höhe geschossen. Und jetzt nicht nur die Preise für direkte Lieferungen, sondern auch für das ganze kommende Jahr. Also wenn man dann Gas bestellt hätte für die Lieferung im Juli 2023, dann wäre man auch mit sehr teuren Preisen da rausgegangen. Und das hat die Unternehmen so verunsichert, dass auch das ifo-Geschäftsklimaindex dann eingebrochen ist. Und daraufhin haben wir ausgerechnet, was das an Belastung bedeutet. Und haben gesagt, so, wenn das jetzt durchschlägt, dann haben wir da eine handfeste Rezession an der Stelle. So, jetzt hat sich der Gaspreis erholt. Das hat auch damit zu tun, dass der Winter zunächst relativ mild war, und wir erinnern uns, auch die Speicher aufgefüllt waren. Und so insgesamt die Panik etwas nachgelassen hat. Ich glaub, es spielt auch eine Rolle, dass dann mitten in diesen Herbst hinein quasi die Regelung so war, dass die Gasspeicher aufgefüllt wurden. Das heißt, selbst, in diese Panik herein, hat man dann noch Gas gekauft, um die Gasspeicher aufzufüllen.

Und dann haben einige der Versorger auch probiert, in Panik quasi das Gas zu beschaffen, was sie nächstes Jahr an ihre Kunden liefern müssen. Und all das zusammen hat dann zu so einem Preishöhenflug geführt. Und der ist jetzt so ein Stück wieder zurückgegangen. Und in den Prognosen muss man ja immer irgendeine Setzung machen für den Gaspreis. Und wir waren im September nicht ganz mit den Marktpreisen mitgegangen, weil wir gesagt haben, das ist uns doch ein bisschen ... das sieht übertreiben aus. Aber wir waren von 200 Euro pro Megawattstunde ausgegangen für das nächste Jahr. Und jetzt liegen die Preise deutlich niedriger. Von daher gehen wir nur noch etwa von 130 Euro pro Megawattstunde aus. Und das kann man so Pi mal Daumen sagen, das entlastet die deutsche Wirtschaft, dieser Sprung von 200 auf 170 [Anmerkung der Redaktion: 130] um 70 Milliarden Euro. 70 Milliarden Euro sind dann mehr da, muss man weniger bezahlen für die Importrechnung Gas, Pi mal Daumen. Und das ist natürlich Geld, was woanders dann übrig ist. Das müssen die Haushalte nicht zahlen, die können das dann für was anderes ausgeben. Und der zweite Punkt ist, dass wir im September, also was wir auch immer bei Prognosen machen, wir müssen uns entscheiden, welche Politikmaßnahmen wir

schon mit annehmen. Und im September war nicht klar, dass die Gaspreisbremse kommt. Und das ist dann erst später gekommen. Und von daher haben wir jetzt auch die Gaspreisbremse mit drin. Die dämpft erstens die Inflation ziemlich deutlich. Und zweitens entlastet sie die Haushalte. Und das stabilisiert dann eben auch noch mal die Wirtschaft.

Marco Herack:

Also das heißt, es ist durchaus auf das Handeln der Bundesregierung zurückzuführen, dass wir da jetzt besser dastehen?

Sebastian Dullien:

Ja, zum Teil schon. Also zum Teil ist es die Marktentwicklung. Aber der andere Teil ist tatsächlich, dass die Bundesregierung relativ große und aus unserer Sicht auch im Großen und Ganzen vernünftig konzipierte Stabilisierungsprogramme, einschließlich der Preisbremsen für Gas, Wärme und Strom, auf den Weg gebracht hat. Und dass das natürlich stark stabilisierend wirkt. Also da hat die Wirtschaftspolitik jetzt wirklich dazu beigetragen, wenn das am Ende nur eine leichte Rezession wird.

Marco Herack:

Die Maßnahmen der Bundesregierung, führen die auch dazu, dass die Inflation sich abschwächt?

Sebastian Dullien:

Ja, die führen auch dazu. Denn die Gaspreisbremse bedeutet ja, dass die Haushalte weniger für ihre Gasrechnung bezahlen müssen. Und damit fällt einfach die Inflationsrate niedriger aus. Hinzukommt, dass die Gaspreisbremse für die Unternehmen auch bei den Produktionskosten entlastet. Und da ist die Hoffnung, dass auch dann der Inflationsdruck bei den Erzeugerpreisen niedriger wird. Und auch das zum Rückgang der Inflation beiträgt.

Marco Herack:

Das war ja noch umstritten, die Maßnahme für die Unternehmen, als wir zuletzt geredet haben. Hat sich das denn so ein bisschen aufgelöst? Oder ist das jetzt eigentlich so, wie es vorher war?

Sebastian Dullien:

Also ich glaub, als wir beim letzten Mal gesprochen haben, ich weiß gar nicht, ob man das schon sagen könnte, das ist es so, wie es vorher war. Weil das ist ja ein sehr langwieriger Prozess. Es gab ja einen Vorschlag von der Gaspreiskommission, dann gab es erste Referentenentwürfe. Dann sind die durch die Ministerien gelaufen. Dann ist da was geändert worden. Dann sind sie in den Bundestag gegangen und so weiter. Das ist ja ein langer Gesetzgebungsprozess. Aber wir hatten, glaub ich, mal besprochen, dass die Gefahr ist, dass die Unternehmen anfangen, das Gas

im Grunde weiter zu verkaufen. Oder die Produktion ganz einstellen. Und einfach die Subventionen einstreichen. Das ist jetzt bei der aktuellen Regelung nicht mehr möglich. Also es gibt da eine Klausel, dass man nicht eine negative Gasrechnung am Ende haben kann. Also weder als Privathaushalt noch als Unternehmen. Und das bedeutet, dass es für die Unternehmen sich eigentlich nicht auszahlt, so denn ihr Geschäftsmodell einigermaßen funktionsfähig ist, aber normalerweise zahlt es sich dann nicht aus, die Produktion ganz auf null zu fahren. Sondern da ist halt schon der Anreiz, ja, ein gewisses Produktionsniveau aufrechtzuerhalten. Und das bedeutet wiederum, dass dann natürlich auch diese Produkte, die da hergestellt werden, nicht ganz so knapp sind und da möglicherweise Preisanstiege vermieden werden.

Marco Herack:

Also an der Front bist du eigentlich ganz zufrieden, das hätte ich ja jetzt nicht erwartet.

Sebastian Dullien:

Doch. Doch, doch, also ich meine, es ist ja wirklich, wenn man sich überlegt, vom Anfang des Jahres, wo das eigentlich kurz nach dem Krieg eine absurde Idee war, so eine Gaspreisbremse zu machen, bis heute sind wir sehr weit gekommen. Und das ist auch ein schöner Erfolg von all denen, die diese Idee wirtschaftspolitisch unterstützt haben. Da waren ja die Gewerkschaften auch dabei. Da ist die SPD mit aufgesprungen, die Grünen waren dabei. Dann hat das Finanzministerium mit Christian Lindner sich auch dahinter gestellt. Und ja, es ist gut, dass es kommt. Und wie gesagt, es trägt auch zur Stabilisierung von Inflation und Konjunktur bei.

Marco Herack:

Bedeutet das denn jetzt, dass wir im März einfach das Gas der Russen hätten abschalten können, so wie das ja mancher gefordert hat? Weil man sieht ja jetzt, dass das alles gut ausgeht?

Sebastian Dullien:

Nee, das, glaub ich, kann man so überhaupt nicht sagen. Weil die Diskussion war ja im März, was würde passieren, wenn wir jetzt kein Gas mehr bekommen würden. Hätten wir dann vielleicht ein Problem im Winter? Das Gas ist nicht abgeschaltet worden. Es sind dann noch 200 Terrawattstunden im Grunde geliefert worden und dann auch in die Speicher gefüllt worden. Das ist natürlich einer der Gründe, warum wir jetzt volle Speicher haben. Und warum die Märkte auch relativ entspannt sind, was die Gaspreise angeht. Also ich glaube schon, das würde ganz anders aussehen, wenn man im März einfach das Gas abgeschaltet hätte.

Marco Herack:

Ja, es wurde ja immer ein bisschen weggelassen, wann es abgeschaltet werden soll. Das hat man ja immer so ein bisschen vermieden, das Thema der Zeitschiene.

Sebastian Dullien:

Ich glaub nicht so ganz. Es gab da Leute, die haben schon ein sofortiges Gasembargo zumindest auf Twitter gefordert. Und Gasembargo jetzt. Und das heißt ja eigentlich aus meiner Sicht nicht, Gasembargo 2025. Wahrscheinlich nicht Gasembargo im September, wenn unsere Speicher voll sind. Und das ist ja auch was, was du eigentlich nicht, ich glaub, weder sinnvoll kommunizieren noch sinnvoll umsetzen kannst, wenn du das so ankündigst. Also es ist ja nicht, was Putin unbedingt mitgemacht hätte dann.

Marco Herack:

Dann gibt's so ein Thema, was mir besonders irgendwie auf der Leber liegt: die EZB. Also ich muss sagen, das wirkt ja langsam so ein bisschen panikartig, was die da treiben. Von Zinserhöhung zu Zinserhöhung galoppieren. Man weiß auch gar nicht so richtig, wann Schluss ist. Ich habe so das Gefühl, die machen einfach das, was die FED macht, weil sie Angst haben, dass sonst die FED ihre Inflation nach Europa exportiert.

Sebastian Dullien:

Ja, also ehrlich gesagt, wir machen uns auch Sorgen darum, was die EZB da treibt. Sagen wir so, eine Normalisierung der Geldpolitik scheint mir jetzt grundsätzlich nicht falsch. Die jetzige Situation, die besonders expansive Geldpolitik war ja für eine Situation mit im Grunde dauerhaft zu niedrigen Inflationserwartungen. Nur die Gefahr ist, dass sie jetzt einfach auch überschießen. Weil sie, ja, offensichtlich jetzt auch, was man zwischen den Zeilen liest, jetzt zügig weiter straffen wollen. Und wie du richtig sagst, es fehlt eigentlich so das Kriterium, wann wird man jetzt nicht weiter straffen? Also gegen die ganz konkrete kurzfristige Inflation kann die Europäische Zentralbank reichlich wenig machen. Also etwa die Hälfte der Inflation, die wir sehen, kommt von den Energiepreisen direkt. Und dann wird es indirekt noch mal, ja, durch Preiserhöhungen etwa bei Flugtickets oder so was, weitergetragen. Und all das wird sich nicht kurzfristig ändern mit diesen Zinserhöhungen. Zumal einfach auch selbst zum Abkühlen der Konjunktur brauchen die halt zwei bis vier Quartale, bis das wirklich wirkt. Da wirkt es jetzt schon sehr hektisch, bei jeder Sitzung eine Erhöhung zu machen, ohne dass man richtig guckt oder auch nur kommuniziert, was ist eigentlich das Kriterium, bis wann erhöhen wir eigentlich hier?

Marco Herack:

Ja, deswegen sag ich ja, also ich habe das Gefühl, dass die sich da eher an der FED orientieren und das aber auch nicht irgendwie zugeben wollen. Was mir so ein bisschen aufgefallen ist, im Bericht des Sachverständigenrates ist das auch sehr prominent vertreten, dass man sagt, wir müssen jetzt auf jeden Fall und unbedingt verhindern, dass es eine Lohnpreisspirale gibt. Und da so ein bisschen flankierend dann diese EZB-Politik ja irgendwie nicht ganz verkehrt findet, auch wenn man

durchaus mahnt. Das ist ja auch immer so ein Ausgleichsding. Ist es denn gerechtfertigt, zu sagen, wir müssen jetzt diese Zinsen so weit erhöhen, um auch zu verhindern, dass eine Lohnpreisspirale entsteht? Das ist doch Quatsch, oder?

Sebastian Dullien:

Also wir sehen bislang, und das beschreiben wir auch, wir sehen eigentlich noch keine Anzeichen davon, dass wir jetzt grob stabilitätsgefährdende Lohnabschlüsse hätten. Die Bundesbank geht ja sogar noch weiter. Die nennt das, glaub ich, jetzt nur dann Lohnpreisspirale, wenn die Lohnabschlüsse zu einer Beschleunigung der Inflation beitragen. Und davon sind wir wirklich sehr, sehr weit entfernt. Also die Lohnabschlüsse bislang, insbesondere in Deutschland, aber auch in den anderen großen Mitgliedsstaaten, sind wirklich sehr moderat. Und bieten überhaupt keine Stabilitätsgefahr.

Marco Herack:

Also sie liegen nicht bei 10 Prozent? Wie die Inflation.

Sebastian Dullien:

Sie liegen nicht bei 10 Prozent. Und wenn wir jetzt mal auf unsere Prognose gucken, dann haben wir ja einen Tariflohnanstieg für 2023 von 3,7 Prozent da drin. Für 2022 2,7 Prozent, aber das muss man beides aus meiner Sicht auch im Zusammenhang mit den Abschlüssen von 2020 und 2021 sehen. Denn, was da ja gemacht worden ist zum Teil, ist, dass die Tarifparteien gesagt haben, wir haben jetzt eine Corona-Krise und um die Unternehmen in dieser Krise nicht besonders zu belasten, machen wir ein paar Nullrunden. Oder ganz geringe Abschlüsse. Aber natürlich war das nicht so gedacht, dass das dann nie nachgeholt wird. Sondern da war eigentlich implizit die Idee, na klar, wenn Corona vorbei ist, und die Wirtschaft wieder einigermaßen läuft, dann korrigieren wir das halt wieder. Und das ist ja zum Teil auch, was wir jetzt sehen. Das heißt, eigentlich muss man für diese Kostenentwicklung aus meiner Sicht mehrere Jahre da kurz zusammen sehen, also zumindest diese Krisenphase zusammen sehen. Dann sind wir wirklich überhaupt nicht in einem stabilitätsgefährdenden Bereich.

Marco Herack:

Wir haben ja auch Sachen gesehen wie bei der Deutschen Bank, wo dann so mit Einmalzahlungen gearbeitet wurde, um quasi die Energiepreisinflation zu kompensieren. Um dann danach mal schauen zu können, wie die Inflation sich wirklich ausgespielt hat.

Sebastian Dullien:

So was wird ja sehr viel jetzt gemacht. Das ist ja auch eins der Elemente, die in der Konzertierte Aktion auch von der Regierung dann angeboten worden sind und von den Tarifparteien produktiv aufgenommen worden sind. Zu sagen, jetzt bei Ausgleichszahlungen, Energieausgleichszahlungen, da geben wir euch eine Steuer-

und Abgabenbefreiung. Und diese Steuer- und Abgabenbefreiung bedeutet natürlich, das ist bei IG-Metall-Abschlüssen drin oder bei den Chemie-Abschlüssen, diese Einmalzahlungen oder diese Sonderzahlungen bedeuten dann, dass man quasi brutto für netto bekommt. Und das ist für die Beschäftigten im Moment gut. Der Staat zahlt da drauf. Nach unserer Rechnung gibt er über diesen Mechanismus zehn Milliarden Euro grob im nächsten Jahr an die beschäftigten Unternehmen zurück. Und gleichzeitig fällt auch der Anstieg der Lohnkosten geringer aus, weil die Unternehmen für diese Zahlungen auch keine Lohnnebenkosten bezahlen müssen.

Marco Herack:

Wie sieht es denn mit der Fiskalpolitik aus? Die Bundesregierung haut ja gerade Kohle raus ohne Ende, hat man so den Eindruck. Ist das angemessen?

Sebastian Dullien:

Ja, das haben wir sowohl in dieser Prognose jetzt drin, aber dann auch in den wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Das ist aus unserer Sicht schon angemessen. Denn dieser Energiepreisschock, der ist aus unserer Sicht, man nennt das Terms-of-Trade-Schock, da sind die Importe einfach jetzt deutlich teurer geworden. Und dadurch haben die Menschen weniger verfügbares Einkommen. Aber dieser Rückgang des verfügbaren Einkommens ist halt eine Sache von diesem Jahr. Dieses Jahr trifft es ganz besonders hart, und nächstes Jahr. Aber langfristig eigentlich nicht so. Und nach ökonomischer Theorie würde man, wenn man jetzt ein Jahr mehr bezahlen muss für die Heizung, wird man sagen, na ja, das mach ich auch Ersparnissen. Oder ich leih mir sogar ein bisschen Geld dafür. Weil ich möchte ja nicht, nur, weil ich dieses Jahr eine höhere Heizrechnung hab, dieses Jahr vielleicht keine Weihnachtsgeschenke kaufen oder keinen Weihnachtsbaum haben. Sondern dann sagt man lieber, die nächsten zehn Jahre geht man vielleicht einmal im Jahr weniger Essen oder so, um das auszugleichen. Wenn man das jetzt so durchlaufen lassen würde, sehr viele Menschen in Deutschland haben einfach die Ersparnisse gar nicht, um da jetzt so das auszugleichen kurzfristig. Und wenn man das jetzt nicht korrigiert, dann wäre das Ergebnis, dass die Menschen einfach ihren Konsum überall anders einschränken, die Nachfrage zurückgeht. Dann meinetwegen Menschen in der Gastronomie arbeitslos werden, das möchte man verhindern. Und dafür ist es genau richtig, dass die Bundesregierung jetzt eben mit der Fiskalpolitik da eingreift. Und zum Beispiel die Gaspreisbremse die Privathaushalte und die Unternehmen entlastet.

Marco Herack:

Wie wird sich denn die Inflation dann infolgedessen entwickeln? Also hast du da so eine Indikation für uns, wo es hingeht? 10 Prozent? 15 Prozent?

Sebastian Dullien:

Also wir gehen jetzt davon aus, dass die 10 Prozent, die wir jetzt im November noch hatten, im Dezember ist es dann ja deutlich niedriger ausgefallen, aber dass das

auch der Höhepunkt war. Und dass wir da nicht wieder hin zurückkommen. Und das hat eben schon mit der Gaspreisbremse zu tun, die wird da entlastend wirken. Oder im Jahresverlauf werden die Inflationsraten nach unserer Vorhersage jetzt spürbar zurückgehen.

Marco Herack:

Ist das nicht interessant, dass man so nach 10 Prozent Inflation plötzlich irgendwie 5 Prozent so, oh ja, zum Glück wird es besser, eigentlich ganz okay findet?

Sebastian Dullien:

Na ja, ich glaub, wenn es bei 5 Prozent permanent bleiben würde, fände man das auch nicht so gut. Aber natürlich ist es dann erst mal: Der Schmerz lässt nach, so ein bisschen. Jetzt muss man dazu sagen, da ist auch die Annahme hinter, dass wir nicht neue Energiepreisschocks bekommen. Also man kann sich natürlich ein Szenario ausdenken, wo da auch wieder was passiert, was die Preise wieder in die Höhe treibt. Also wenn die Pipeline nach Norwegen explodieren würde, dann würden wir möglicherweise noch wieder andere Gaspreise sehen und dann auch einen neuen Inflationsschub. Aber wenn solche Dinge nicht kommen, dann sehen wir eigentlich, dass das da jetzt in die richtige Richtung geht. Und wir sehen eben für das Gesamtjahr 2023 nur noch knapp 5 Prozent Inflation. Damit liegen wir niedriger als die anderen Institutionen.

Marco Herack:

Das Risiko ist aber natürlich da? Also wir haben ja schon Pipelines explodieren sehen. Das wäre jetzt quasi nichts Ungewöhnliches, wenn das noch mal irgendwo passiert und sicherlich muss man damit auch irgendwo rechnen. Also die Risiken sind, glaub ich, bei allen Prognosen, die man grade hat, recht hoch?

Sebastian Dullien:

Na klar, die Risiken sind da. Aber das ist jetzt nicht so, dass wir sagen, dass diese Pipeline explodiert, ist unser Basisszenario und darauf basieren wir erst mal unsere Prognose.

Marco Herack:

Dann hätte ich noch die Frage, warum Europa irgendwie 2022 mit 3,3 Prozent wächst? An wem liegt denn das? Also nicht an Deutschland, oder?

Sebastian Dullien:

Nee, das sind vor allem Nachholeffekte von den Ländern, die stärker von Corona getroffen waren und länger gebraucht haben, sich zu erholen. Also Spanien, Italien, das sind halt so Länder gewesen, die waren zunächst tiefer getroffen. In Spanien hatte sich das länger hingezogen. Und das ist dann ein rein statistischer Effekt, wenn das Wachstum dann später kommt, dann ist das halt 2022 entsprechend hö-

her und war dafür 2021 niedriger. Das ist eben nicht Deutschland. Hinzukommt natürlich auch, dass andere Länder anders von dem Gaspreisanstieg betroffen sind. Also Deutschland ist da besonders betroffen, weil wir besonders abhängig von russischem Gas sind. Und einige andere Länder, also auch Spanien und Portugal, die haben auch anders in die Märkte eingegriffen. Und haben da quasi noch mal stärker den Preisschock auch früher schon abgefangen. Bei uns hat die Bundesregierung ja ein bisschen länger damit gebraucht, bis sie sich durchgerungen hat, die Gaspreisbremse umzusetzen. Und die wirkt jetzt erst zum 1.1.2023.

Marco Herack:

Jetzt habe ich mit der Inflation natürlich schon auch ein Thema angesprochen, was vielleicht auch bei den wirtschaftlichen Herausforderungen für das Jahr 2023 zu finden ist. Richtig?

Sebastian Dullien:

Ja. Und wir haben auch schon über die EZB gesprochen. Das sind ja auch Sachen, die wir in den wirtschaftspolitischen Herausforderungen dann wieder drin haben. Denn ich meine, die Herausforderungen, ...

Marco Herack:

Das ist eine schöne Formulierung, Sebastian. Die EZB als wirtschaftspolitische Herausforderung des Jahres 2023.

Sebastian Dullien:

Ja, in gewisser Weise ist das ja so. Und was ihr gelingen muss, ist diese, was jetzt angelegt ist, eine erfolgreiche Stabilisierung von Konjunktur und Inflation, auf diesem Grat weiterzugehen. Und da darf jetzt weder passieren, dass man so viel da reinbuttert, dass die Wirtschaft überhitzt und die Inflation aus dem Ruder läuft. Aber es darf auch nicht passieren, dass die EZB, und im Moment ist das die Institution, wo ich mir am meisten Sorgen von wirtschaftspolitischen Fehlern mache, ehrlich gesagt, dass die EZB eben die Zinsen so weit erhöht, dass sie die Wirtschaft in die Rezession hinein noch so weit schwächt, dass aus der von uns prognostizierten schwachen Rezession, milden Rezession, eine tiefe Krise wird. Und von daher ist das schon, also man kann auch sagen, das war ein Freud'scher Versprecher, aber es ist nicht ganz so weit von der Realität weg.

Marco Herack:

Oh, ich fand den eigentlich ganz schön. Also bei der EZB haben wir ja zwei Sachen, über die man sich, glaub ich, unterhalten muss. Wir haben einmal die Zinsen und wie sie ihre Zinsen anpasst. Und da ist, glaub ich, die Gefahr, dass sie sich zu sehr an der US-Notenbank FED anlehnt, glaub ich, schon sichtbar. Weil sie tut das in den letzten Monaten. Und das andere ist ja, dass die EZB auch Maßnahmen zurückzufahren hat, die aus der Finanzkrise teilweise noch herrühren, marktstützende Maßnahmen, wo man Märkte auch explizit am Leben erhalten und mit Liquidität versorgt

hat und so weiter. Und auch da ist sie ja aktiv und fährt diese Maßnahmen zurück. Also diese Kombination aus den beiden Dingen wäre ja dann vielleicht das Besorgniserregende?

Sebastian Dullien:

Ja, ja, genau. Also das kann man ja zusammenfassen als Straffung der Geldpolitik. Und man muss einfach so historisch sagen, die Europäische Zentralbank ist ja noch nicht so wahnsinnig alt. Die ist ja grad erst knapp über 20 Jahre. Aber sie hat es in diesen 20 Jahren schon zwei Mal geschafft, in die Krise hinein die Zinsen übermäßig zu erhöhen und die Krise zu verschärfen. Sowohl 2008 als auch 2011. Und von daher, ja, ist vielleicht die Sorge, dass das wieder passiert, nicht ganz unberechtigt.

Marco Herack:

Zumal sie grade sehr forsch vorgeht.

Sebastian Dullien:

Ja, zumal sie sehr forsch vorgeht. Und das auch, ja, es gibt da ja auch intern offensichtlich unterschiedliche Positionen, wie forsch man vorgehen sollte. Und da ist halt dann so ein Risiko schon da.

Marco Herack:

Was haben wir denn auf europäischer Ebene für Problemfälle oder Ihr nennt es ja Herausforderungen? Das ist ja schon die nette Variante.

Sebastian Dullien:

Ja.

Marco Herack:

Also was haben wir denn vor uns an Problemlagen?

Sebastian Dullien:

Also wir haben da einmal, was ich jetzt so makroökonomisch nennen würde und einmal Dinge, die eher so strukturpolitisch sind. Und makroökonomisch haben wir das Problem, die großen Länder haben alle jetzt interessanterweise, nachdem die Reaktionen am Anfang doch sehr unterschiedlich waren, aber es geht bei allen Ländern in die gleiche Richtung, bei allen großen Ländern, dass eben durch ziemlich massive Eingriffe und auch Fiskalprogramme die Inflation gedämpft wird. Und gleichzeitig auch bei den großen Ländern die Lohnentwicklungen so sind, dass da keine Preislohnspirale zu entstehen scheint. Das stimmt aber nicht ganz für die kleinen Ländern. Sondern man hat da ein paar kleine Länder, die einfach sehr, sehr hohe Inflationsraten haben. Also zum Teil über 20 Prozent. Und wo auch die Löhne das dann versuchen, auszugleichen. Und natürlich ist das aus nationaler Sicht immer verständlich, weil wenn du 20 Prozent Preissteigerung hast und die Löhne nicht steigen lässt, dann, ja, haben die Leute ein Problem. Nur wenn jetzt die Löhne dort alle steigen, auch

wenn die Preise gestiegen sind, dann haben wir hinterher ein Auseinanderlaufen der Lohnkosten. Und die Länder, die jetzt sehr hohe Inflationsraten haben und dann sehr hohe Lohnanpassungen, die verlieren an Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu den anderen Ländern. Und da ist die Gefahr, dass diese Ungleichgewichte, die wir vor der Euro-Krise hatten, dass die wieder auftauchen. Und ganz abgesehen davon, wir haben jetzt noch gar nicht drüber geredet, dass natürlich die höheren Zinsen, wenn das zu schnell geht, auch, ja, Turbulenzen an den Anleihemärkten, an den Bondmärkten, hervorrufen können und auch da im Grunde, ja, ein neues Risiko von Krisen schaffen kann.

Marco Herack:

Und die Fiskalpolitik, die du ja jetzt siehst, du hast sie ja grade angesprochen, dass die Länder da weitestgehend ähnlich agieren, die ist kein Problem? Oder ist die eher gut? Also grade auch im Sinne der Hilfsprogramme, die da gefahren werden und die ja viel Geld kosten?

Sebastian Dullien:

Na ja, also grundsätzlich ist das schon gut. Es ist ja sinnvoll, was ich für Deutschland gesagt hab, dass die Stabilisierung jetzt vernünftig ist und sinnvoll ist, auch um einen Beitrag zu leisten, also sagen wir so, die Kaufkraft dann über die Fiskalpolitik zu sichern und nicht alles bei der Tarifpolitik abzuladen, das gilt ja auch für die anderen Länder. Das heißt, wenn die so ähnliche Politiken machen, ist das grundsätzlich nicht schlecht. Nur man muss sich halt klarmachen, dass einige der Länder einfach weniger stabile Staatsfinanzen haben. Und da ist natürlich die Gefahr, dass auch bei steigenden Zinsen man in eine Gegend kommt, wo die Märkte nervös werden und es dann eben zu neuen Verwerfungen kommt.

Marco Herack:

Du meinst jetzt speziell die Zinsen für Staatsanleihen?

Sebastian Dullien:

Ja, ich meine, wir können gleich noch mal darüber reden, wir haben ja noch ganz andere Probleme, darüber haben wir jetzt aber wenig geschrieben, aber es gibt natürlich auch das Problem an den Wohnungsmärkten oder an den Hausmärkten. Weil wir wissen aus den anderen Krisen, dass die Immobilienmärkte sehr unterschiedlich in den Ländern reagieren auf sich verändernde Zinsen. Es gibt Länder, wo üblicherweise die Menschen zehnjährige Hypotheken abschließen. Und es gibt andere Länder, wo die Hypotheken an den kurzfristigen Zins gekoppelt sind. Und letzteres schafft natürlich Probleme, wenn der Zins plötzlich von, ja, praktisch 0 auf 2,5 Prozent springt.

Marco Herack:

Ja, oder währungsgebundene Zinsen, das wäre ja noch schlimmer.

Sebastian Dullien:

Du hast Recht. Es gab in Ungarn vor allem oder einigen der osteuropäischen ...

Marco Herack:

Polen, Ungarn.

Sebastian Dullien:

... Ländern, Polen, Ungarn, gab es eben den Fall, dass die Menschen sich dann Hypotheken in Euro oder Schweizer Franken ans Bein gebunden haben. Und als die nationalen Währungen dann abgewertet haben, dann waren die plötzlich überschuldet. Das ist etwas, was wir, glaub ich, in keinem Land der Euro-Zone haben, dass dort im großen Stil die Menschen sich in ausländischer Währung verschuldet haben. Hätte jetzt auch nicht so viel gebracht, weil die Zinsen sehr niedrig waren in der Euro-Zone. Und ich glaub auch, die EZB inzwischen als Bankenaufsicht ein bisschen drauf achtet, dass man so was nicht macht. Aber klar, das ...

Marco Herack:

Ich kann das ergänzen, weil in Polen hat man das Problem damals nicht gelöst. Das heißt, die Banken sind sich da jetzt diversen Prozessen ausgesetzt, die sie so peu à peu verlieren und wenn das dann mal geballt kommt, haben die Banken vielleicht doch noch ein Problem mit diesem alten Problem, was man nicht gelöst hat. Also das könnte da dann noch zurückkommen. Aber so grundsätzlich ist das eine Herausforderung, aber aktuell ist da keine Besorgnis, die man haben muss? Grade was so die Zinsen bei den Staatsanleihen betrifft?

Sebastian Dullien:

Ich glaub, das können Risiken sein, aber es ist im Moment nicht akut.

Marco Herack:

Ich habe halt immer Kopf, wenn ich deutsche Medien aufschlage, Wirtschaftspresse, da heißt es dann immer Italien, Italien. Also deswegen frag ich da so etwas insistierender nach, ob du da irgendwas siehst.

Sebastian Dullien:

Klar, Italien hat keine super stabilen Staatsfinanzen. Aber andererseits ist auch das, was man jetzt bei den aktuellen Zinsentwicklungen und den fällig werdenden Staatsanleihen sieht, da kommt man nicht in die Gegenden der Zinslast relativ zum Bruttoinlandsprodukt, die man schon mal gesehen hat und die das Land schon mal verkraftet hat. Und klar, es kann jetzt alles anders sein. Aber diese Indikatoren sehen eigentlich noch relativ stabil aus.

Marco Herack:

Dann hätte ich noch eine Frage zum Thema Hilfsprogramme in Sachen, wir senken den Gaspreis für die Menschen. Das ist ja eigentlich im Grunde im Sinne der Inflation

eigentlich sinnvoll, auch sicherlich für die Industrie, um den Industriestandort am Leben zu halten. Aber im Sinne des Verbrauches ist das sinnvoll? Also ich habe jetzt so im Kopf, jetzt wurde es ein bisschen kälter in Deutschland, und dann hat man irgendwie so gesehen, ja, da wird im Vergleich zu den Vorjahren nur noch 3 Prozent beim Heizen gespart. War allerdings auch kälter als der Durchschnitt. Aber da sieht man ja schon, dass dann so das Bedürfnis, einzusparen, vielleicht nicht mehr ganz so groß ist.

Sebastian Dullien:

Ja, ich meine, das Interessante ist, also das sind ja zwei Punkte. Die erste Frage ist, reagieren die Menschen überhaupt auf die Preissignale oder wie stark reagieren sie? Und das zweite ist, ändert daran die Gaspreisbremse was? Und was du berichtest, das ist der Gasverbrauch aus dem Monat November/Dezember. Oder November sogar, wo wir überhaupt keine Gaspreisbremse hatten. Und wo sich der Gaspreis im Durchschnitt schon verdoppelt hatte gegenüber vor der Krise. Die Gaspreiserhöhung ist bei den Leuten angekommen. Und die meisten, die die gekriegt haben, das ist ja auch selbst über die Menschen bei den Politikern, Politikerinnen angekommen. Also hier sehen wir erst mal, dass offensichtlich die Menschen trotz des Preissignals gar nicht so viel, wenn es richtig kalt wird, gar nicht so viel Gas beim Heizen sparen. Das ist die erste Beobachtung. Und die zweite Frage ist dann, wird das durch die Gaspreisbremse konterkariert? Und die Gaspreisbremse funktioniert ja so, dass man quasi jeden Monat eine gewisse Gutschrift bekommt. Und die Gutschrift hängt an dem Verbrauch des Vorjahres oder an der geschätzten Abschlagzahlung aus dem September 2022. Das heißt, man zahlt eigentlich für jede Kilowattstunde, die man verheizt, immer noch den neuen hohen Preis. Und man kriegt hinterher was abgezogen von der Rechnung. Und zumindest, wenn die Menschen das verstanden haben, wo ich nicht ganz sicher bin, ich glaub, die wenigsten Leute in Deutschland haben die Gaspreisbremse im Detail verstanden, weil das Ergebnis, was da nach Kommission und Gesetzgebungsprozess rauskam, doch relativ komplex ist. Aber wenn sie es verstanden haben, dann müssten sie zumindest auf diesen Preis irgendwie reagieren. Die zweite Frage ist dann, wenn sie ohnehin nicht auf das Preissignal so stark reagieren, wie das manche Leute gehofft hätten, dann werden sie das wahrscheinlich auch nach der Gaspreisbremse nicht tun.

Marco Herack:

Gut, ich will jetzt aus der einen Woche, auf der das irgendwie beruhte, jetzt noch nicht das Generelle ableiten. Aber man hat zumindest gesehen, dass je kälter es dann wird, natürlich der Effekt sich potenziell schmälert. Was ja auch irgendwo verständlich ist, ab gewissen Kältegraden. Ich glaube, das ist so ein Ding, das ist etwas im Vagen, wie es da am Ende ausgehen wird? Es liegt viel am Winter, an den Temperaturen und wir müssen das einfach zuwarten. Ich finde da übrigens ganz hilfreich diesen Zeit-Energiemonitor, der dann wirklich so auf Wochenbasis das auch ganz gut darstellt, wo wir sind, in welchem Szenario sich das Endergebnis quasi aktuell befindet und wie viel wir auch noch vor uns haben.

Sebastian Dullien:

Ja, klar. Und ich meine, selbst, wenn dieser Winter gut über die Bühne geht, das steht irgendwo auch in unserer Prognose drin, die Gasversorgung bleibt eine Herausforderung auch für den Winter 2023/2024. Und die meisten Modellrechnungen, die ich kenne, die sagen jetzt, diesen Winter werden wir genug Gas haben. Außer, es wird richtig kalt. Aber wenn es nicht passiert, haben wir genug Gas. Das Problem ist nur, dass wir möglicherweise im Sommer nicht die Speicher genug wieder auffüllen können. Also wenn wir die jetzt zu leerlaufen lassen, dann wird im Sommer absehbar nicht genug geliefert, dass wir die so auffüllen können, dass der Winter 2023/2024 dann problemlos ist. Wir gehen jetzt nicht von einer Gasmangellage aus, aber das Risiko ist, glaub ich, immer noch für den nächsten Winter.

Marco Herack:

Ja, das war immer eine Sache über zwei Winter. Die Frage ist dann auch, wie die Öffentlichkeit darauf reagiert, wenn die Lager wirklich merklich voller werden. Also ich glaub, der Sparaufruf wird anders wahrgenommen, wenn so ein Gaslager bei 98 Prozent steht, als wenn es bei 70 Prozent steht oder 50. Also da denkt man als Mensch ja schon ganz anders drüber nach dann auch. Dann haben wir noch mal ein anderes schönes Thema: die USA. Die wird jetzt so ein bisschen China und betreibt eine aktive Industriepolitik, um die Dekarbonisierung voranzutreiben. Hat dabei aber auch so ein paar Sachen drin, wo man aus EU-Sicht sagen muss, das ist aber sehr unangenehm, dass ihr eure Autobauer fördert, aber die EU-Autobauer da außen vorlasst oder explizit aussperrt, wenn sie nicht in den USA produzieren. Also da gibt's einerseits Risiken, was den Streit betrifft, aber auch die Frage, was die EU da eigentlich in der Hinsicht anzubieten hat.

Sebastian Dullien:

Also erst mal vor ab, was das Problem ist bei den USA, die haben ein Gesetz verabschiedet, das heißt Inflation Reduction Act. Da ist vor allem ganz viel Förderung von erneuerbaren Energien und E-Mobilität und so weiter drin. Da sind noch andere Sachen drin, die vor allem innenpolitisch interessant sind, Krankenversicherung und so Zeugs, aber das interessiert uns jetzt nicht. Aber diese Förderung von erneuerbaren Energien und E-Mobilität ist wichtig auch für Europa. Das, was da fies dran ist, ist, dass gesagt wird, also einerseits gibt es Steuergutschriften, wenn man in Erneuerbare-Energie-Anlagen investiert. Aber die volle Steuergutschrift gibt es nur, wenn zum Beispiel der Stahl in den USA hergestellt wird. Und für Autos gibt's einen Zuschuss, wie bei uns auch die E-Auto-Prämie, aber diese Prämie wird nur vollgezahlt, wenn das Auto, also Endmontage in den USA sowieso, aber, und da ist, glaub ich, wirklich eine kritische Sache, die Batterien sollen auch in den USA hergestellt worden sein. Jetzt ganz kurzfristig müssen die noch nicht vollständig da hergestellt werden, aber in ein paar Jahren, das ist im Gesetz vorgesehen, müssen diese Batteriezellen dann zu 100 Prozent in den USA hergestellt sein. Das heißt also, diese 7.500 Dollar kriegt man nur als Prämie voll, wenn das Auto Batterien aus den USA hat.

Warum ist das wichtig und zentral? Die Batteriezellen machen beim E-Auto einen großen Anteil der Wertschöpfung aus. Und auch einen großen Anteil der Beschäftigung dann, die da dranhängt. Also jetzt nicht direkt bei den Batterien, aber dann auch bei den Vorprodukten, Maschinen und so weiter, Anlagen, die da gebaut werden müssen. Und deshalb ist es, und abgesehen davon, dass man auch nicht abhängig sein möchte von Asien, probieren sowohl die EU als auch die USA Batteriezellenerzeugnisse im eigenen Land aufzubauen. Und jetzt, wenn natürlich irgend ein Batteriezellenerzeugnis, wenn du dem sagst, na ja, also, wenn ihr die Zellen in Europa herstellt, wenn die ins Auto eingebaut werden, dann könnt ihr das Auto in den USA zwar verkaufen, aber dann fällt eben diese Prämie weg. Oder ihr baut das Werk gleich in den USA, kriegen die Autos die Prämie, dann ist das natürlich schon ein ziemlicher Anreiz für die Batteriezellenerzeugnisse, in den USA herzustellen. Da sagt die EU, das finden wir nicht richtig. Und tatsächlich ist das wahrscheinlich auch WTO-widrig. Da gibt's einfach jetzt die Diskussion drüber, wie die EU da reagieren sollte.

Marco Herack:

Da schwelt ja ein Handelskrieg, könnte man sagen.

Sebastian Dullien:

Genau. Die Frage ist jetzt, wie soll die EU darauf reagieren? Und da gibt's einige, die sagen, ja, es ist WTO-widrig und wir wollen uns gerne an die Regeln und die Abläufe der WTO halten. Und das heißt, wir machen das jetzt handelspolitisch. Also wir probieren da ein Schlichtungsverfahren bei der WTO hinzubekommen. Und da die Amerikaner wahrscheinlich ihre Politik deswegen nicht ändern werden, dann wird die WTO sagen, ja, ihr dürft dann irgendwelche Vergeltungszölle verhängen gegen irgendwelche amerikanischen Produkte.

Marco Herack:

Wenn sie entscheiden kann?

Sebastian Dullien:

Wenn sie überhaupt entscheidungsfähig ist. Genau. Und dann kann die EU da irgendwann Vergeltungsmaßnahmen verabschieden. Das würde aber lange dauern. Und das würde eben im Grunde nicht der Batteriezellenerzeugung in Europa helfen, sondern, ja, man würde halt hoffen, dass man irgendwelche, meinetwegen Whisky-Produzenten aus zentralen Wahlkreisen so schädigt, dass die Politik in den USA sich dann ändert. Aber das halte ich für relativ unrealistisch. Aber das ist so, wie üblicherweise solche Handelskonflikte ablaufen. Aber da sieht man schon, das hilft eigentlich nicht der EU, die eigene Technologie zu entwickeln.

Marco Herack:

Das heißt, die EU sollte anders agieren?

Sebastian Dullien:

Ja, aus unserer Sicht sollte die EU anders agieren. Und tatsächlich eher darüber nachdenken, selber eine aktivere Industriepolitik zu verfolgen.

Marco Herack:

Du meinst, auch solche Schweinerein tun?

Sebastian Dullien:

Na ja, ich mein, möglicherweise ja. Diese Local Content Requirements, wie man das auch nennt, die hat China auch sehr aktiv und erfolgreich benutzt, um eine eigene Automobilindustrie aufzubauen. Das ist immer so ein bisschen eine Gratwanderung, weil man damit natürlich Sachen teurer macht, man fördert damit eben auch eine Produktion im Inland. Und grad für die EU wäre es auch eine Möglichkeit, solche Schritte zu benutzen, um die eigene Idee der Dekarbonisierung voranzubringen. Also natürlich könnte man auch hingehen und sagen, in der EU dürfen ab dem Jahr 2030 nur noch Autos verkauft werden, die aus grünem Stahl hergestellt worden sind. Und aus grünem Stahl, der dann bestimmten von uns definierten Kriterien entspricht. Das kann man machen. Bedeutet, dass die Autos eben ein bisschen teurer sind, aber es schafft einen Markt für den grünen Stahl. Den es sonst vielleicht nicht gibt.

Marco Herack:

Das ist ja auch so ein grundsätzliches Problem, dass man, wenn man da nicht mitzieht, quasi einen Markt nicht entstehen lässt. Während die anderen ihn entstehen lassen. Und gleichzeitig muss man aber irgendwie auch so von der Konsistenz dieses Marktes sorgen, wenn man da mitzieht, dass er dann nicht wie bei der Solarindustrie ... weißt du? Man zieht das Ding hoch und dann zack, knappt man es ab und alles bricht zusammen. Also das muss ja schon eine recht nachhaltige Strategie dann sein.

Sebastian Dullien:

Ja, klar, man muss sich schon klarmachen, was man da tut und was man gerne tun möchte. Bei der Solarindustrie war ja schon der Fall, dass diese Produktion in Europa war. Und im Grunde auch wettbewerbsfähig war. Dann aber China doch auch mit eigener Förderung der eigenen Industrie die europäischen Hersteller aus dem Markt verdrängt hat. Da muss man einfach sagen, es ist nicht so besonders günstig, wenn die anderen Länder strategische Industriepolitik machen, zumindest die großen Länder, und man selber nicht. Und man selbst draufsetzt, dass der Markt das schon regeln wird. Weil dann habe ich im Endergebnis eine Situation, wo eben die Produktionsstandorte in die anderen Länder abgewandert sind, und man selbst die nicht mehr hat. Dann ist man vielleicht marktwirtschaftlich, ordnungspolitisch mit sich im Reinen, aber davon kann man sich dann nichts kaufen.

Marco Herack:

Im wahrsten Sinne des Wortes. Okay. Gut, dann kommen wir zum Schluss noch mal zur Arbeitsmarktpolitik. Ich habe es ehrlich gesagt schon fast wieder ganz vergessen, aber diese ganzen Kurzarbeitsmaßnahmen, sind die noch aktiv?

Sebastian Dullien:

Ja, also die Bundesregierung hat auch noch mal wieder verlängert, den vereinfachten Zugang zur Kurzarbeit. Wir sehen ja auch schon, dass in vielen energieintensiven Branchen die Kurzarbeit wieder gestiegen ist über den Winter. Und das wird nach unserer Prognose auch die nächsten Monate wieder passieren. Und darum ist das jetzt noch einmal verlängert worden bis zum nächsten Sommer. Also die Bundesregierung sagt hoffentlich zum letzten Mal oder sagt zum letzten Mal, und da steht dann ein „hoffentlich“ dabei, aber ja, das ist wieder getan worden und das ist ja auch richtig und sinnvoll. Denn diese Kurzarbeit war ein Instrument, was ganz deutlich geholfen hat, Beschäftigung in der Krise zu stabilisieren. Das haben wir 2008/2009 gelernt in der Krise. Und das ist in der Corona-Krise erfolgreich benutzt worden. Von daher macht es schon Sinn.

Marco Herack:

Zeigt auch so ein bisschen, dass die Krise noch nicht aufgehört hat, sondern dass es so ein fortlaufendes Ding jetzt gerade ist. Auch, wenn vielleicht die Gründe ...

Sebastian Dullien:

Genau.

Marco Herack:

... im Einzelnen schwanken. Dann hatten wir hier sehr präsent im Podcast auch immer wieder diskutiert Bürgergeld. Das wird ja jetzt quasi durch die Inflation aufgefressen, also da müssten man eigentlich schon wieder gleich nachlegen, neue Runde.

Sebastian Dullien:

Ja. Wobei ja jetzt auch über andere Anpassungen geredet wird des Bürgergeldes. Und andere Mechanismen. Wir sind da auf dem richtigen Weg. Aber klar, das, was man sich erhofft hat mit dem Bürgergeld, übrigens das Gleiche mit dem Mindestlohn, dass man gehofft hat, über diese Erhöhung, die wir da jetzt umsetzen, den Menschen am unteren Ende der Einkommensverteilung, schnell eine bessere Teilhabe an der Gesellschaft zu geben, das ist jetzt natürlich durch die Inflation zu nichtegemacht. Andererseits muss man dazu sagen, wenn wir das nicht getan hätten, dann wären die Folgen natürlich jetzt noch viel dramatischer.

Marco Herack:

Ein weiteres Risiko, was immer genannt wird, ist die Lohnpreisspirale, aber da haben wir ja schon drüber geredet. Da gibt's ja jetzt sehr viel Maßnahmen, die eigentlich verhindern, dass das zum Tragen kommt, oder?

Sebastian Dullien:

Ja, das ist ja eigentlich wirklich ein gutes Politikelement in Deutschland. Was aber gar nicht so in der Öffentlichkeit beachtet worden ist. Und das ist diese sogenannten Konzertierte Aktion. Und die Idee da war ja, dass man sagt, man entlastet die Privathaushalte eben fiskalpolitisch in der Zeit, wo realistisch einfach die Tarifpolitik das nicht leisten kann, einen vollständigen Ausgleich der Kaufkraft sicherzustellen. Allein deshalb, ich mein, wir haben langlaufende Tarifverträge zum Teil, und diese Inflation ist dieses Jahr ja völlig unerwartet gekommen. Also vor einem Jahr hat, ich glaub, kein einziger Prognostiker in eine Inflation von mehr als 5 Prozent vorhergesagt. Und jetzt sind wir bei fast 10 Prozent. Natürlich kann auf so was Tarifpolitik nicht vollständig reagieren. Und darum ist halt gesagt worden, na ja, also für diese Übergangszeit, bis jetzt da auch eine gewisse Kaufkraft wieder gesichert worden ist, durch Lohnerhöhungen, muss die Finanzpolitik entlasten. Und das hat aus meiner Sicht sehr gut in Deutschland sehr gut funktioniert. Wir haben diese großen Entlastungen auch durch die Preisbremsen, aber auch durch die Steuer- und Abgabenfreiheit von diesen Inflationsausgleichszahlungen, wenn das jetzt Arbeitgeber machen. Und das wird nach unserer Prognose auch zur Stabilisierung im nächsten Jahr beitragen. Weil es einerseits die Einkommen stabilisiert und damit den Konsum und andererseits eben verhindert, dass da übermäßiger Preisdruck, einen Kostendruck entsteht.

Marco Herack:

Mal so insgesamt: Hast du das Gefühl, dass der, so wie wir jetzt dastehen, eigentlich so den besten möglichen Zustand in einer schwierigen Situation gleichkommt?

Sebastian Dullien:

Na, bestmöglicher Zustand ist noch mal eine andere Sache.

Marco Herack:

In der schlechten Situation?

Sebastian Dullien:

Ja, aber auch in der schlechten Situation hätte man natürlich andere Sachen ein bisschen besser machen können. Also die ganzen Maßnahmen sind nicht ideal. Wir haben ja mehrfach auch hier drüber gesprochen, dass wir uns gewünscht hätten, dass die Gaspreisbremse etwas sozialverträglicher ausgestaltet wäre. Wir haben gesagt, das ist schwierig und da gibt's Hindernisse A, B und C. Aber insgesamt ist

das, glaub ich, schon eine vernünftige Sache. Also ein solides Paket angesichts dieser Situation. Also ich würde dem jetzt keine eins geben, aber vielleicht so eine zwei oder so was.

Marco Herack:

Okay, ist ja immer noch ganz ordentlich. Das heißt also, abgesehen von allen Sondersituationen, die wir jetzt natürlich auch noch nicht erahnen könnten, also weitere Kriege, Atombomben oder sonst noch was, und weitere Pandemien, ich weiß es nicht, können wir halbwegs zuversichtlich in das neue Jahr blicken, dass wir das irgendwie wuppen?

Sebastian Dullien:

Ja, also ich mein, jetzt hast du angesprochen, es sind schon ziemlich große Risiken da. Also weil du auch noch mal drüber geredet hast, wir wissen zum Beispiel überhaupt nicht, was jetzt mit der Covid-Pandemie in China passiert. Aber gegeben der Situation, wo wir seit dem 24. Februar sind, hat die Wirtschaftspolitik, glaub ich, ziemlich gut stabilisiert. Und klar, wir wären lieber in einer anderen Welt, wo wir das so nicht bräuchten, aber im Moment bin ich da vorsichtig optimistisch, gegeben den Rahmenbedingungen, die wir haben.

Marco Herack:

Und vor allen Dingen dann auch optimistisch, dass, wenn dann was Neues auftaucht, dass zumindest eine angemessene politische Reaktion darauf erfolgt?

Sebastian Dullien:

Ja, also ich mein, wir müssen jetzt einfach mal konstatieren, dass seit Beginn der Corona-Krise wirtschaftspolitisch die Bundesregierungen, muss man ja sagen, das war ja damals eine andere als jetzt, aber eigentlich in der Summe ziemlich vernünftig reagiert haben. Das ist in der Vergangenheit ja nicht immer so gewesen. Und das lässt einen schon vorsichtig optimistisch sein.

Marco Herack:

Sebastian Dullien, ich danke dir für das Gespräch.

Sebastian Dullien:

Danke Marco.

Marco Herack:

Ja, und wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, dann schickt sie uns als E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Oder ihr könnt uns auch antickern auf Twitter: [@boeckler_de](https://twitter.com/boeckler_de). Oder auf Mastodon [@boeckler_de@mastodon.world](https://mastodon.world/@boeckler_de). Ja, ich werde besser im Aussprechen dieser langen Händels. Also Hinweise, Korrekturen und Anregungen dorthin bitte senden. Wir freuen uns sehr, wenn ihr uns eure Gedanken schickt. Und wir freuen uns natürlich auch, wenn wir uns in einem Podcatcher eurer

Wahl abonniert. Falls ihr eure Gedanken an Sebastian direkt schicken möchtet, dann könnt ihr das tun auf Twitter als @sdullien. Und auf Mastodon als @sdullien@mastodon.world. Dann wünschen wir euch einen guten Start in das neue Jahr. Also wenn ihr diese Folge hört, wird es ja so weit sein. Und bis bald. Tschüss.

Sebastian Dullien:

Bis bald. Tschüss.